

GRAPHISCHE PRESSE

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandten Berufe.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27/1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz.

Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Adressenänderung der Redaktion.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften, Tauschexemplare etc. sind ab 18. März 1908 nicht mehr nach Berlin S. 59, Hasenhaide 92 zu adressieren, sondern an
Paul Barthel, Friedrichshagen bei Berlin, Viktoriastr. 8.

Lohnbewegungen.

Berlin. Zur Meldung in der vorigen Nummer ist nachzutragen, daß nun auch in der Rixdorfer Linoleum-Fabrik durch Reduzierung der Akkordpreise Differenzen entstanden sind. Es wurde zwar zunächst durch Einlegung einer Feierschicht von einem Tage eine Verständigung erzielt, die Firma versucht jedoch auf andere Weise zum Ziele zu kommen. Daher dürfen Engagements nur nach vorheriger Erkundigung bei E. Weykopf, Berlin SO. 16, Engelufer 15, III abgeschlossen werden. Dasselbe gilt für die hiesigen Tapetenfabriken.

Die Verwaltung.

Gesperrt.

Für Lithographen und Steindrucker

Barmen. Firma C. Blanke.
Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
Firma Angerer (für Kupferdrucker).
Bielefeld. Firma Gundlach.
Bietigheim (Würtbg.). Linoleumwerke Bietigheim.
Meißen. Meißener Blechindustrie-Werke, A.-G.
Neu-Ruppin. Firma Oehmgke & Riemenschneider.

Inhalt.

Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Zum 18. März. — Rundschau. — Marx und die Gewerkschaften, II. — Die Bedeutung eines freien Wahlrechts für Preußen. — Vermischtes. — Eingegangene Gelder. — Anzeigen.
Beilage: Allgemeines: Die lieben Gelben, II. Die Bewegung bei K. Blanke in U. Barmen. Ortsberichte: Colmar. — Der Lithograph: Deutscher Lithographenbund. Krisenerscheinungen in der Lithographie, III. Aus Thüringen. — Die photomech. Fächer: Aus den Sektionen: Düsseldorf, Leipzig, München, Stuttgart. — Die Tapetenbranche: Der besoldete Beamte. Ein Dorado für Tapetendrucker. Aus den Sektionen: Crefeld. — Feuilleton: Moderne Mal- und Zeichenmittel. Eingänge.

Zum 18. März.

Die deutsche Arbeiterklasse gedenkt heute erneut in ernster und würdiger Weise des Tages, an dem das deutsche Volk für seine Freiheit kämpfte und blutete. Sie erhebt dabei mit allem Nachdruck und mit zäher Energie immer von neuem die Forderung auf Gewährung derjenigen Rechte, die den Herrschenden vor nunmehr 60 Jahren abgerungen wurden, die aber bald darauf dem Volke, infolge der verräterischen Feigheit des liberalen Bürgertums, zum großen Teil wieder gestohlen worden sind und die man heute noch besonders in Preußen der überwiegenden Mehrheit des Volkes vorzuenthalten wagt. Aber die Massen haben ihre Helotenrolle satt. Aus der Erinnerung an die glorreichen Märztage des Jahres 1848 wird die deutsche Arbeiterschaft immer neue Kräfte saugen, um den Starrsinn der Reaktion zu brechen und von neuem das zu erobern, was ihr unter allen Umständen zukommt.

Um die Ereignisse des »tollen Jahres« richtig verstehen und würdigen zu können, muß man sich über die vormärzlichen Zustände klar sein. Karl Marx zeichnet sie mit wenigen charakteristischen Strichen in seinen Briefen an die New-Yorker »Daily Tribune« wie folgt: »Das Wachstum ihres Reichtums und die Ausdehnung des Handels brachte die Bourgeoisie bald auf eine Höhe, auf der sie die Entwicklung ihrer wichtigsten Interessen durch die politische Verfassung des Landes gehindert sah —

durch seine tolle Zersplitterung unter 36 Fürsten mit einander widersprechenden Bestrebungen und Launen; durch die feudalen Fesseln, die die Landwirtschaft und den mit ihr verknüpften Handel beengten; durch die zudringliche Ueberwachung, der eine unwissende und anmaßende Bürokratie alle ihre Geschäfte unterwarf; gleichzeitig brachten die Ausdehnung und Befestigung des Zollvereins, die Einführung des Dampfes in das Verkehrswesen, die wachsende Konkurrenz auf dem inneren Markt die kommerziellen Klassen der verschiedenen Staaten und Provinzen einander näher; sie machten ihre Interessen gleichförmiger und zentralisierten ihre Kraft. Die natürliche Folge davon war der Uebergang aller dieser Elemente in das Lager der liberalen Opposition und der siegreiche Ausgang des ersten ernsthaften Kampfes der deutschen Bourgeoisie um politische Macht.«

Das Interesse der kapitalistischen Entwicklung trieb also das eigentliche Bürgertum gegen Feudalismus und Absolutismus in den Kampf. Die freie Entfaltung der Kräfte verlangte die Sprengung der Fesseln, durch die sie behindert wurde. Man rief nach einem starken und einigen Deutschland und forderte fast einmütig in allen 36 deutschen Vaterländern: »Ein deutsches Parlament, frei gewählt durch das Volk. Jeder volljährige Deutsche, ohne Rücksicht auf Rang, Stand, Vermögen und Religion, kann Mitglied dieses Parlaments werden. — Unbedingte Pressfreiheit. — Vollständige Religions-, Gewissens- und Lehrfreiheit. — Aufhebung der stehenden Heere. — Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere. — Volkstümliche Rechtspflege mit Schwurgerichten. — Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. — Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen. — Wohlstand, Bildung und Unterricht für alle. — Schutz und Gewährleistung der Arbeit. — Ausgleichen des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. — Volkstümliche und billige Staatsverwaltung. — Beschränkung des Beamtenheeres. — Verantwortlichkeit aller Minister und Staatsbeamten. — Abschaffung aller Vorrechte. Freies Vereinigungsrecht usw. usw.«

Für Chemigraphen:

Berlin. Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Rapid, G. m. b. H., Thebran & Kraushaar; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Baudouin. Chemnitz. A. Jülich.
Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert.
Stuttgart. Gebr. Rößle.

Stellungnahme in allen vorgenannten Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Im Ausland:

Belgien: Brüssel. Firma I. L. Hoffert, (Lith. u. Steindr.), Verviers. (Lith. u. Steindr.).
Holland: Krommenie. Verwers Furnis- u. Metalldruckerei. Rotterdam. Firma »Modern«.
Oesterreich: Graz. A. Matthey's Erben.
Innsbruck. Graphische Kunstanstalt Max Schammler.
Prag. Firma Neubert (Lichtdr.).
Teplitz. Firma Jaroslaw Holub, (Lith. Anstalt).
Triest.
Rumänien: Bukarest. I. A. Tärann und St. Smirdan.

Ausgeschlossen

nach § 9, Abs. 2 b und c des Statuts wurden: 1. Der Lithograph Otto Stähle, zurzeit in Stuttgart; 2. Der Steindrucker Georg Sponseil, zurzeit in München; 3. Der Steindrucker Robert Friedrich, zurzeit in München; 4. Der Photograph Eduard Rommel, zurzeit in Berlin; 5. Der Photograph Johann Reiche, zurzeit in Berlin.

Die Ereignisse entwickelten sich mit großer Schnelligkeit. Die Ouverture bildete gewissermaßen die Pariser Februarrevolution. Kleinbürger und Proletarier wiederholten am 23. Februar machtvoll die Demonstration vom vorherigen Tage, wobei es zu einem blutigen Zusammenstoß mit dem Militär kam. Barrikaden werden errichtet und nach eintägigem Kampfe zieht am 24. Februar das siegreiche Volk in die Tuilerien ein. Der Bürgerkönig Louis Philipp bringt sich durch rasche Flucht nach England in Sicherheit und in Frankreich wird die Republik proklamiert.

Der Ausgang der französischen Volkserhebung gegen Entrechtung und Korruption löste in Deutschland brausenden Jubel und flammende Begeisterung aus. Zuerst wurde Süd- und Westdeutschland lebendig. In Baden hatte sogar der Gedanke an die Republik Boden gefaßt. Am 5. März beschloß in Heidelberg eine Versammlung von hessischen, württembergischen und rheinischen Liberalen und Radikalen die Forderung auf Einberufung eines deutschen Parlaments und die Einberufung einer allgemeinen Vertrauensmännerversammlung der Nation zum 31. März nach Frankfurt a. M. (Diese trat dann auch zur genannten Zeit als »Vorparlament« zusammen.) In Baden erzwang das Volk die Entlassung von drei reaktionären Ministern, in Württemberg die Einsetzung eines liberalen Ministeriums. Im Odenwald, Schwarzwald usw. verbrannten die Bauern die Akten und Lehnbücher, sodaß die adligen Guts-herrschaften vor Schreck freiwillig auf Zinsen, Renten und »Privilegien« verzichteten. Der Aufruhr sprang nach Bayern, Hessen, Sachsen, Hannover über, und auch in Preußen griff er von den Rheinlanden aus immer weiter um sich. In den Straßen von Köln sang man die Marseillaise, diskutierte man offen über einen Anschluß an Frankreich und erhob man in gewaltigen Straßendemonstrationen die Forderung auf Schutz der Arbeit und der wirtschaftlichen Interessen.

Von einem Nachgeben wollte man auf der Seite der Herrschenden allerdings nichts wissen. Zwar

proklamierte die Vertretung der Regierungen, der Bundestag, am 1. März, daß Deutschland auf die Stufe, die ihm unter den Nationen Europas gebührt, gehoben werden müsse, zwar stellte er den Regierungen die Aufhebung der Zensur frei, zwar »gestattete« er den »Völkern« das Tragen der deutschen Farben schwarz-rot-gold und erhob sie zu den amtlichen Farben des deutschen Bundes. Aber daneben drohten die preußischen Machthaber das schärfste Vorgehen gegen jede freiheitliche Regung des Berliner Volkes an, während der König Friedrich Wilhelm IV., der »Romantiker auf dem Thron«, fast gleichzeitig in einer Thronrede am 6. März die famosen Worte gebrauchte, daß in Preußen der König, das Heer und das Volk dieselben seien von Geschlecht zu Geschlecht. Und als Gegenaktion gegen die Heidelberg Volkskonferenz planten die diversen deutschen Fürstlichkeiten für den 25. März in Dresden einen Fürstentag. Die illustre Tagung kam nicht zustande. Noch vorher wurden Friedrich Wilhelm IV. und alle seinen Kollegen aus allen ihren romantischen Himmeln gerissen. Am 18. März sprengte der Riese Volk seine Ketten und jagte alle selbstherrliche Bevormundung zum Teufel. Auf den Barrikaden, gegen die Kugeln und Bajonette der Soldateska, wurde dem Absolutismus das Genick gebrochen, erlangte sich das Volk sein Mitbestimmungsrecht, die Verfassung. Und der preußische König mußte, als die von den Schergen der Gewalt gemordeten Freiheitskämpfer am Schlosse vorübergetragen wurden, die toten Helden durch Entblößen des Hauptes ehren.

Bis hierhin waren Bürgertum und Proletariat Hand in Hand gegangen. Ersteres hatte mit Hilfe des letzteren erreicht, was es wollte und bräute, um seine wirtschaftlichen Kräfte frei zu entfalten. Als aber auch die Arbeiterschaft wirtschaftliche Forderungen geltend machte und auf die Erfüllung der in dieser Richtung gegebenen Versprechungen drängte, da war die Freundschaft mit dem »Bruder Arbeiter« zu Ende. Der Klassengegensatz trat unverhüllt hervor. Dem Bürgertum wurde vor seinen proletarischen Kampfgenossen himmelangst. »Das Riesenschilder Proletariat sah, obgleich es auf seinen Babybeinen noch nicht stehen, geschweige sich ordentlich bewegen konnte, doch so fürchterlich aus, daß sein Anblick auf das entsetzte Bürgertum versteinend wirkte, gleich dem Medusenhaupt der hellenischen Sage, und den zur Tat erhobenen Arm lähmte« sagt Wilhelm Liebknecht zutreffend in seiner Schrift über Robert Blum.

Und mit dem Verrat der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft ging die Preisgabe eines großen Teils der politischen Errungenschaften parallel. Die Reaktion witterte Morgenwind. Das schwächliche Bürgertum hatte ihr das Rückgrat gestärkt und sie nahm dem Volke ein erkämpftes Recht nach dem andern. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit erfuhr weitgehende Beschränkungen, das Wahlrecht wurde besonders in Preußen breiten Volksschichten durch den Staatsstreich wieder genommen. Und wenn das deutsche Volk heute in seinen staatsbürgerlichen Rechten zurückgeworfen würde in die vormärzliche Zeit, wenn es im Reiche um die Vereins- und Versammlungsfreiheit kämpfen muß, während es sich nach dem 18. März 1848 ungehindert im Freien zur Beratung seiner Forderungen versammeln konnte, wenn ihm in Preußen, Sachsen usw. das gleiche, freie Wahlrecht vorenthalten wird, wenn es sich in jeder Beziehung bevormunden lassen soll wie eine Schar unreifer Schulbuben, so trägt dafür einzig und allein die schwächliche verräterische Haltung des Bürgertums nach den glorreichen Märztagen des Jahres 1848 die Schuld und die Verantwortung. Aber das Proletariat lernt aus diesen Tatsachen, daß es verlassen ist, wenn es sich auf etwas anderes als auf die eigene Kraft verläßt. Nur durch eigenen, mutvollen Kampf um seine Rechte kann es sich die Freiheiten erringen, deren es zur ungehinderten Entfaltung

seiner Kräfte, zur Erfüllung seiner Kulturmission bedarf.

Rundschau.

„Eine überraschende Entdeckung“ — so schreibt der »Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker« in seiner Nummer vom 5. März unter Bezugnahme auf eine Rundschau in unserer No. 6 — »konnten wir durch eine Notiz der »Graphischen Presse«, dem Organ unserer Schwager vom Steine, machen. Es werden darin über das neue, selbständige Prinzipalsorgan »Deutsches Steindruckergewerbe« einige Ausführungen gemacht und als Redakteur ein Herr M. Wagner in Berlin benannt, der auch den Posten eines Sekretärs beim Schutzverbande der Steindruckereibesitzer bekleidet. Nun führt der Mann, welcher in unserm Scharfmacherverbänden auch den Doppelposten eines Sekretärs und Redakteurs inne hat, den gleichen Namen: M. Wagner und hat sein Domizil gleichfalls in Berlin. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei dem M. Wagner hüben wie drüben um ein und dieselbe Person handelt. Daß in der Prinzipalsorganisation der Steindruckerei und Lithographen Scharfmachergeist weht, beweist ja die Trennung von der »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker«, wober wir in No. 18 berichtet haben. Eine Interessengemeinschaft zwischen den beiden Unternehmerorganisationen besteht zweifellos, und wenn man sich dann gemeinschaftlich ein für diese Zwecke geeignetes und willfähiges Sachwalter hält, so kann man das auch verstehen. Nur hatten unsere Arbeitgeberverbände bei Anstellung Wagners den Mund etwas reichlich voll genommen. Man blähte die Bäckchen und tat so, als ob man den teuren Mann allein bezahlen könnte.« — Genau so haben es bekanntlich auch unsere Unternehmerschutzverbände gemacht.

Aus Rußland. Trotz aller polizeilichen Schikanen macht sich in letzter Zeit in der russischen Gewerkschaftsbewegung, besonders in der Hauptstadt Petersburg, wieder eine gewisse Belebung bemerkbar. So zählt z. B. nach einem Bericht des »Russischen Bulletin« der Druckereiarbeiterverband, von dessen kürzlich erfolgter Wiedereröffnung wir in No. 7 Mitteilung machten, gegenwärtig schon 1200 Mitglieder.

Ein »fortschrittlicher« Arbeitstag fand am 23. Februar in Essen statt. Er war vom liberaldemokratischen Arbeitersausschuß in Düsseldorf einberufen und von freisinnigen Vereinen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, die bekanntlich die Beteiligung an dem im Oktober 1907 in Berlin abgehaltenen famosen »christlich-nationalen Arbeiterkongreß« abgelehnt hatten, durch etwa 40 Delegierte besichtigt worden.

Der Vorsitzende Heinen-Düsseldorfer bemerkte, daß die Arbeiter, die sich zu diesem Kongreß zusammengefunden hätten, weder der konservativ-antiseimischen, noch der sozialdemokratischen Richtung der Arbeiterbewegung sich anzuschließen vermöchten; die Bildung einer neuen Arbeiterpartei sei ein Unding, und deshalb wolle man versuchen, innerhalb der linksliberalen Parteien und Fraktionen Einfluß zu gewinnen, um diese zu einer wirksamen Berücksichtigung der Arbeiterinteressen zu veranlassen. Damit solle nicht gesagt sein, daß man nun der Politik dieser Parteien blindlings folge, man werde im Gegenteil da, wo sie es an Vertretung der Arbeiter- und Volksinteressen fehlen lassen, energisch Opposition machen. Der Redner zählte sodann die für die Arbeiter in der nächsten Zeit in Betracht kommenden gesetzgeberischen Aufgaben auf und meinte, es würden keine Taten folgen, wenn nicht die Arbeiter sich einmütig erheben und politisch betätigen.

Der Parteisekretär der Freisinnigen Vereinigung Bruno Pörsch, referierte sodann über die »Forderungen der fortschrittlich denkenden Arbeiterschaft und die politischen Parteien«. Er ging u. a. auf die Ergebnisse der Blockpolitik ein und stellte die völlige Enttäuschung der Arbeiterschaft fest. Der Prüstein für die liberale Festigkeit sei die preußische Wahlreform. Bilows Antwort auf den freisinnigen Wahlrechtsantrag bedeute deren völlige Ablehnung, eine Brüskierung des Liberalismus und einen Faustschlag in's Gesicht der Arbeiterklasse. Irgend eine praktische Frucht sei aus der konservativ-liberalen Paarung nicht erwachsen; wohl aber habe sie den Liberalismus verhindert, in wichtigen Fragen mit der notwendigen Entschiedenheit aufzutreten.

Auch in der Diskussion herrschte entschiedene Abneigung gegen die Blockpolitik vor. Außerdem machte sich eine weitgehende Unzufriedenheit mit dem Liberalismus bemerkbar. Trotzdem will man ihm die Gefolgschaft nicht versagen. Man beschloß eine Reihe Resolutionen, deren erste den liberalen Parteien gegenüber die Forderungen zusammenstellt, durch deren Vertretung sie das verloren gegangene Vertrauen der Arbeiter zurückgewinnen könnten. Die zweite Resolution protestierte energisch gegen die Erklärung Bilows zur preußischen Wahlrechtsreform, während die dritte die reichsgesetzliche Regelung der bei verschiedenen Unternehmern eingeführten Wohlfahrtseinrichtungen verlangt.

Den naiven Optimisten werden hoffentlich auch noch einmal die Augen darüber aufgehen, wie sie von den liberalen Schuhputzern Bilows an der Nase herumgeführt und nur als Stimpfwort benutzt werden. Nur der Entschluß, sich der klassenbewußten Arbeiterschaft anzugliedern und in deren Reihen die Lebens-

interessen des Proletariats tatkräftig zu vertreten, wird die Leuchten davor bewahren, durch die liberalen Blockbrüder »verraten« und verkauft zu werden.

Marx und die Gewerkschaften.

Von Adolf Braun.

II. (Schluß).

Aber alle diese Ausführungen, die Kongreßbeschlüsse, die politischen Aeußerungen von Marx, die Ansichten seiner Freunde Liebknecht und Bebel u. a. werden die Vulgarantimarkisten nicht als durchschlagend anerkennen. Sie werden behaupten, daß der Marx der Internationale und der Marx des »Kapital«, der Politiker und der Theoretiker verschiedene Menschen seien, sie werden diese leichtfertige Behauptung wagen, weil sie stets darauf bauen, daß das »Kapital« von Marx von viel zu wenigen gelesen wird, daß man daher leicht Behauptungen aufstellen kann, weil sie nicht nachgeprüft werden dürften.

Nichts ist weniger richtig, nichts widerspricht mehr den Tatsachen als die Behauptung, daß die Lehren von Marx im »Kapital« der gewerkschaftlichen Bewegung abhold wären. Das gerade Gegenteil hiervon ist richtig. Es ließe sich ein sehr nützlich Buch schreiben über die Bedeutung und den Nutzen der Marxschen Lehren für die Gewerkschaften. Gerade unter diesen Gesichtspunkte würde man vielen Vulgarantimarkisten das Wasser für alle Zukunft abgraben und die gewerkschaftliche Bewegung mit einem reichen Ideeninhalt befruchten. Im »Kapital« von Marx sind noch reiche ungehobene Schätze für die Gewerkschaftsbewegung zu finden.

Die ganze Auffassung des Arbeitsprozesses als eines Konsumtionsprozesses der Arbeitskraft, die Lehre, daß der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß zwei verschiedene Größen sind, bilden für die gewerkschaftlichen Kämpfe, für das Erstreben besserer Lohnbedingungen die denkbar beste Grundlage in theoretischer Hinsicht. Sicherlich hat Marx nicht irgend ein vorgeseztes Ziel suchend, sondern aus der Erkenntnis der in der kapitalistischen Wirtschaft wirkenden Kräfte schließend, seine Mehrwerttheorie aufgebaut. Aber man könnte behaupten, daß ein genialer Gewerkschaftler, der nach einer wirtschaftlichen Theorie für die Kämpfe der Lohnarbeiter um einen möglichst großen Anteil am Produktionsertrag gesucht hätte, keine bessere, keine nützliche Theorie hätte ersinnen oder erfinden können.

Nirgendwo finden sich die Einwendungen der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit besser widerlegt als in den wenigen Seiten des ersten Bandes des »Kapital«, die von Seniors »Letzter Stunde« handeln. Wie klar und schlagend sind die Ausführungen in dem achten Kapitel des ersten Bandes über den Arbeitstag, über seine Grenzen, über den Heißhunger nach Mehrarbeit, über die Industriezweige ohne gesetzliche Grenze der Ausbeutung, über Tag- und Nachtarbeit, das Ablösungssystem, über den Kampf um den Normalarbeitstag, über die Fabrikgesetzgebung. Jeder in den Gewerkschaften und für sie Wirkende sollte dieses wohl am leichtesten verständliche Kapitel immer wieder lesen. Der Gewerkschaftler, der zum erstenmal dieses Kapitel liest, wird erstaunt sein, daß ihm manche Gedankengänge so vollkommen bekannt sind, er hat sie in Versammlungen gehört, in seinem Fachblatt gelesen; ja vielleicht selbst die Worte schon gebraucht. Das gerade zeigt, daß die Marxschen Theorien, wenn auch noch viel zu wenig, so doch in überaus bedeutungsvoller Weise die Gewerkschaften befruchtet haben; das beweist, daß diese Theorien nicht im Gegensatz zur gewerkschaftlichen Politik stehen können. Zum Beleg dessen mögen nur einige Sätze aus diesem Abschnitte hier folgen:

»Ein Mensch kann während des natürlichen Tages von 24 Stunden nur ein bestimmtes Quantum Lebenskraft verausgaben. So kann ein Pferd tagaus, tagein nur acht Stunden arbeiten. Während eines Teiles des Tages muß die Kraft ruhen, schlafen, während eines Teiles hat der Mensch andere physische Bedürfnisse zu befriedigen, sich nähren, reinigen, kleiden, usw. Außer dieser rein physischen Schranke stößt die Verlängerung des Arbeitstages auf moralische Schranken. Der Arbeiter braucht Zeit zur Befriedigung geistiger und sozialer Bedürfnisse, deren Umfang und Zahl durch den allgemeinen Kulturzustand bestimmt sind. Die Variation des Arbeitstages bewegt sich daher innerhalb physischer und sozialer Schranken. Beide Schranken sind aber sehr elastischer Natur und erlauben den größten Spielraum.«

Aehfliche Stellen, die einen den Mitgliedern der Gewerkschaften durchaus vertrauten Gedankengang vorführen, könnten wir in reicher Zahl aus dem »Kapital« anführen. Was haben die Arbeiter alles, wenn auch nicht direkt aus dem »Kapital«, so doch indirekt aus ihm gelernt über Arbeitslohn und Arbeitszeit, über Zeit- und Stücklohn, über den Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft, über die anarchische Produktionsweise, über die Krisen, über den Zusammenhang von Ueberarbeit und Berufskrankheit über die Verdrängung qualifizierter durch unqualifizierte Arbeit, über die Verdrängung der Arbeit des Mannes durch die Arbeitskraft von Frauen und Kindern, über den Heißhunger des Kapitals nach Arbeitskraft und über die Steigerung

der Produktivkraft der menschlichen Arbeit, über die Entwicklung und über den Charakter der Warenproduktion, über die Akkumulation, über den Gegensatz der scheinbaren und wirklichen Interessen des Kapitals bei der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Wie wichtig ist zum Beispiel der nachstehende Absatz, wie sehr entspricht er der Tendenz der modernen Gewerkschaft:

Der Wert der Arbeitskraft schließt aber den Wert der Waren ein, welche zur Reproduktion des Arbeiters oder zur Fortpflanzung der Arbeiterklasse erforderlich sind. Wenn also die naturwidrige Verlängerung des Arbeitstages, die das Kapital in seinem maßlosen Trieb nach Selbstverwertung notwendig anstrebt, die Lebensperiode der einzelnen Arbeiter und damit die Dauer ihrer Arbeitskraft verkürzt, wird rascher Ersatz der verschlissenen nötig, also das Eingehen größerer Verschleißkosten in die Reproduktion der Arbeitskraft ganz wie der Fähigkeit zu reproduzierender Wertteil einer Maschine um so größer ist, je rascher sie verschleißt. Das Kapital scheint daher durch sein eigenes Interesse auf einen Normalarbeitstag hingewiesen.

Bevor sich der wissenschaftliche Sozialismus in der Arbeiterklasse Bahn gebrochen hätte, äußerte sich die ausgelöste Kraft der Arbeitermassen in erster Linie in der Zerstörung der Maschinerie, in der Einäscherung der Fabriken. Wie die Luddisten in England, so zündeten die Arbeiter Wiens vor 60 Jahren die Fabriken an und zerstörten die Maschinen. Von Marx haben die Arbeiter aller Berufe und aller Länder den unerhittlichen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, die Revolutionierung von Manufaktur, Handwerk und Hausindustrie durch die Fabrikindustrie kennen gelernt. Sie gewannen die Ueberzeugung, daß es ebenso falsch wie vergeblich wäre, den Kampf gegen die Maschinerie zu führen, daß die Maschine dem Arbeiter ein unangenehmer aber nicht verdrängbarer Konkurrent sei, daß aber die Maschine auch die Voraussetzung der kapitalistischen Entwicklung, die Vorbedingung höchster Entfaltung des Kapitalismus, seines völligen Auslebens ist, somit die Voraussetzung der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische sein wird. Aber auch für die Gewerkschaften war diese Lehre von der unvermeidlichen und nicht zu hemmenden Revolutionierung der Industrie von nicht hoch genug zu veranschlagender Bedeutung. Nur dadurch glückte es, daß die Gewerkschaften nicht ungeheuer viel unnütze Kraft auf Aufgaben verschwenden, die nicht zu lösen sind. Wer die Forderungen der Arbeiter im Jahre 1848 liest, bemerkt sofort den Haß gegen die Maschine und das Bestreben, zum mindesten ein Kompromiß zwischen den alten zünftlerischen Anschauungen und den technischen Fortschritt zu schaffen. War dieser Gedankengang vor 60 Jahren der herrschende, so ist er heute nur noch ganz ausnahmsweise anzutreffen. Nicht die Verhinderung des technischen Fortschritts, sondern das Streben nach einem Anteil an der Erleichterung menschlicher Arbeit durch den Produktionsfortschritt bestimmt heute die gewerkschaftliche Politik.

Im Industriesystem, das man häufiger unter dem Namen der Manchester Schule kennt, war eine wirtschaftliche Theorie gegeben, die dem übermächtigen Kapitalismus eine wissenschaftliche Begründung rücksichtsloser Ausbeutung und eine wissenschaftliche Abwehr gegen jeden Eingriff öffentlicher Gewalt in das freie Spiel der kapitalistischen Kräfte sicherte. Daß gerade das Kapital von Marx diesen Theorien den Todesstoß gab, daß sie heute in der staatlichen Politik, in der Universitätsnationalökonomie, in der kapitalistischen Tages- und Fachpresse längst in den Hintergrund gedrängt wurden, ist auch für den gewerkschaftlichen Kampf von größter Bedeutung.

Die Vulgarantimarxisten werden sich aber darauf zurückziehen, daß man in dem Kapital von Marx keine gewerkschaftliche Theorie findet, daß die Gewerkschaften nicht direkt und nicht speziell behandelt wurden. Diese Behauptungen beweisen aber nichts anderes, als daß die Gegner von Marx für Zweck und Aufbau, wie für Ausgangspunkt und Ergebnis der von Marx im Kapital durchgeführten Kritik der politischen Ökonomie kein Verständnis haben. Es ist übrigens durchaus falsch, daß Marx die Gewerkschaften im Kapital vollständig ignoriert. Wir wollen nur noch zwei Stellen aus dem ersten Bande anführen, um das Gegenteil zu beweisen.

Man muß gestehen, daß unser Arbeiter anders aus dem Produktionsprozeß herauskommt, als er in ihn eintrat. Auf dem Markt trat er als Besitzer der Ware Arbeitskraft anderen Warenbesitzern gegenüber. Warenbesitzer dem Warenbesitzer. Der Kontrakt, wodurch er den Kapitalisten seine Arbeitskraft verkaufte, bewies so sagen schwarz auf weiß, daß er frei über sich selbst verfügt. Nach geschlossenem Handel wird entdeckt, daß er kein freier Agent war, daß die Zeit, wofür es ihm freisteht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, die Zeit ist, wofür er gezwungen ist, sie zu verkaufen, daß in der Tat sein Sauger nicht losläßt, solange noch ein Muskel, eine Sehne, ein Tropfen Blut auszubeuten. Zum Schutz gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in den Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunk-

vollen Kataloges der unveräußerlichen Menschenrechte tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstages, die endlich klar macht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet, und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt.

Es ist vollständig klar, daß hier schon an gewerkschaftliche Politik gedacht ist. Aber ganz ausdrücklich finden wir die Bedeutung der Gewerkschaften betont in dem nachstehenden Zitat aus dem Kapital:

Wenn seine (des Kapitals) Akkumulation einerseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren Freisetzung vermehrt, während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüchtigmachung von mehr Arbeit zwingt, also in gewissem Grad die Arbeitszufuhr von der Zufuhr von Arbeitern unabhängig macht. . . Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals. Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, daß im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren, und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Ueberbevölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade Unions eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zertert das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des ewigen und sozusagen heiligen Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das reine Spiel jenes Gesetzes.

Dieser Artikel konnte und sollte nicht erschöpfend behandeln, was Marx den Gewerkschaften gewesen ist und was er ihnen noch sein könnte. Aber ich hoffe, erreicht zu haben, daß auch die Gewerkschaftler erkennen, daß sie dankbar und lernbegierig Marxens zu gedenken haben. Wenn die Gegner von Marx eine Scheidung der sozialistischen Theorie und der gewerkschaftlichen Taktik ersehen, so geschieht dies aus verschiedenen Beweggründen, je nachdem die Gegner von Marx innerhalb oder außerhalb der Arbeiterbewegung stehen. Wir wollen mit ihnen nicht weiter rechten, nur das eine sei noch festgestellt, daß sich fast jeder Schüler von Marx klar ist über die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den Widerstand gegen die herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus, als Erzieherin der Arbeiterklasse, als Schöpferin der Voraussetzungen für die materielle und noch vielmehr für die politische, geistige, körperliche und zuletzt auch für die moralische Hebung der Arbeiterklasse. Aber die Schüler von Marx wissen es auch und haben nie gescheut, es auszusprechen, daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse nicht bloß auf dem Boden der Gewerkschaften geführt werden kann und geführt werden darf. Bei noch so hoher Bewertung der Gewerkschaftsbewegung haben sie weder den Arbeitern noch sich jemals verhehlt, daß es Grenzen der Gewerkschaftsbewegung gibt, daß die Gewerkschaftsbewegung der Ergänzung bedarf, vor allem durch den politischen Kampf der Sozialdemokratie. Die Schüler von Marx waren sich bewußt, daß die wichtigsten und bedeutungsvollsten Ursachen für die mit der kapitalistischen Produktionsweise unlösbar verbundene Unsicherheit der Existenz der Arbeiter nicht durch die Gewerkschaftsbewegung, sondern nur durch die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische wirkungslos gemacht werden können.

Auch dies zu lernen war für die Gewerkschaften reicher Gewinn. Denn ebenso schädlich wie eine Unterschätzung der Gewerkschaften wäre der Glaube, daß eine ausschließlich gewerkschaftliche Taktik die Arbeiterbewegung erschöpfen soll, daß in ihr sich die ganze Kraft des Proletariats erschöpfen kann und darf.

Die Bedeutung eines freien Wahlrechts für Preußen.

Von Richard Seidel.

Im Mittelpunkt der politischen Erörterung im Deutschen Reich steht gegenwärtig der Kampf zur Erringung des Reichstagswahlrechts für das preußische Haus der Abgeordneten. Auch unser Blatt beschäftigt sich mehrfach in Leitartikeln mit der Frage. Es unterzog die schroff ablehnende Haltung des Junkerparlaments und der Junkerregierung gegenüber dem Verlangen der Arbeiterschaft nach politischer Gleichberechtigung aller Klassen einer scharfen Kritik und wies an der eigenen Widersinnigkeit des geltenden Staatsrechtswahlsystems die Notwendigkeit seiner schleunigen Beseitigung treffend nach. Mit Recht ist hierbei betont worden, daß Preußen infolge seiner Rückständigkeit und seines Einflusses auf die kleinen Bundesstaaten ein Hemmschuh ist für eine freiheitliche Entwicklung des ganzen Reichs. Da jedoch häufig die irrige Meinung herrscht, alles Heil für das Deutsche Reich sei von dem Reichstag des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu erwarten, wird die Wahrheit dieses Satzes vielfach kaum verstanden

werden. Darum soll in folgenden Zeilen der Versuch gemacht werden, nachzuweisen, daß die staatsrechtlichen Voraussetzungen für die Vorherrschaft der preußischen Reaktion in Deutschland in der Reichsverfassung tatsächlich gegeben sind.

Durch den 1871 erfolgten Zusammenschluß der deutschen Staaten, mit Ausnahme Oesterreichs, zu einem Bundesstaat unter Preußens Präsidium ist, wie nicht mit Unrecht gesagt wurde, ein künstliches Chaos geschaffen worden. Mögen aber die Beziehungen der Einzelstaaten zu einander und zum Reich, mag die Reichsverfassung noch so verwickelt sein, so trägt sie doch deutlich die Spuren von Bismarcks Streben nach Verpreußung aller Bundesstaaten.

Die gesetzgebende Gewalt für das Deutsche Reich wird bekanntlich vom Bundesrat und vom Reichstag gemeinsam ausgeübt. Das bedeutet, daß der Reichstag ohne die Zustimmung des Bundesrates absolut nicht in stande ist, etwas zu unternehmen. Im Bundesrate aber herrscht die preußische Reaktion fast unumschränkt. Von den 58 Mitgliedern desselben, die von den Regierungen der Einzelstaaten ernannt werden, fallen auf Preußen 17. Zusammen mit den Stimmen der kleinen norddeutschen Staaten, die von Preußen alle mehr oder weniger abhängen, und mit den Stimmen des ebenso rückständigen Sachsen, ist Preußen somit in den meisten Fällen imstande, eine Mehrheit für seine reaktionären Maßnahmen zu bilden. Das bedeutet schon ziemlich viel, dem Junker Bismarck war es jedoch noch lange nicht genug. Eine solche Grundlage für die Herrschaft Preußens über Deutschland wäre ihm zu schwankend gewesen. Vor allem mußte die von ihm geschaffene Verfassung gegen Aenderungen im liberalen oder antipreußischen Sinne sichergestellt werden. Diesem Zweck dient der famose Artikel 78 der Reichsverfassung, dessen erster Abschnitt lautet: *Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrate 14 Stimmen gegen sich haben.* Preußen allein ist also mit seinen 17 Stimmen imstande, jede ihm unbecommene Aenderung der Verfassung zu vereiteln, mag auch der Reichstag eine solche beschließen, so oft es ihm Vergnügen macht. Deutlich erkennbar war das gelegentlich der Einführung der Diätanzahlung für die Reichsboten. Sie mußten mehrmals die dazu nötige Aenderung des Artikels 32 der Reichsverfassung beschließen, ehe es dem Bundesrat gefiel, dem Beschluß zuzustimmen. Damit jedoch die Möglichkeit einer reaktionären Verfassungsänderung bestehen bleibt, hat man bestimmt, daß der Reichstag unter allen Umständen, also auch bei Verfassungsänderungen, mit einfacher Mehrheit zu beschließen hat. Für einen reaktionären Streich hoffen eben die Herrschenden in Preußen noch immer die im Bundesrate erforderlichen 14 Stimmen zu gewinnen, während man sich im Reichstage mit der einfachen Majorität begnügt, die ja schließlich auch dort möglich ist.

Ein noch größeres Uebergewicht wird der preußischen Junker- und Geldsackherrschaft aber durch den zweiten Abschnitt des Artikels 5 der Verfassung gegeben. Dieser lautet: *Bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35 bezeichneten Abgaben gibt, wenn im Bundesrate eine Meinungsverschiedenheit stattfindet, die Stimme des Präsidiums den Ausschlag, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht.* Die im Artikel 35 bezeichneten Abgaben sind die Steuern auf Salz, Tabak, Branntwein, Bier und Zucker, sowie die den Arbeiterstand ganz besonders auspöwendenden Zölle. Die Stimme des Präsidiums aber ist die Stimme Preußens. In den Einrichtungen des Heeres und der Marine, sowie bezüglich der volksbedrückenden Zölle und Verbrauchssteuern kann mithin keine Aenderung eintreten gegen den Willen Preußens. Falls also der Reichstag zu der Einsicht gelangen sollte, daß der Hochschutzzoll die Ernährung des Volkes auf ein Niveau herabdrückt, welches dem Ausgehungen bedenklich nahe kommt, daß ferner das unheimliche Rüsten zu Lande und zur See das größte Hindernis für jeden kulturellen Fortschritt bedeutet und das Reich in Schulden stürzt — falls der Reichstag infolge dieser Hinsicht etwa eine Beseitigung der Zölle oder eine Abrüstung zu beschließen wagt, dann kostet es den preußischen Machthabern nur ein Wort, um den Beschluß der Vertretung des Volkes zunichte zu machen! Die Dinge also, die für das Volkwohl von einschneidendster Bedeutung sind, sehen wir im Deutschen Reiche vollends der Willkür des Preußentums ausgeliefert. Dazu kommt noch, daß weite und wichtige Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung, wie z. B. das der Jugendziehung, sich noch ganz in den Händen der Einzelstaaten, für Preußen also in den Händen der Krant- und Schlotjunkerreaktion befinden.

Diese Verfassung ist im Jahre 1870 vom Reichstage des norddeutschen Bundes mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und zwei bürgerlicher Abgeordneten angenommen worden. Die große Masse der Liberalen stimmte für dieselbe, während noch im Jahre 1867 alle Mitglieder der Fortschrittspartei gegen die Verfassung des norddeutschen Bundes gestimmt hatten. Letztere war jedoch um ein Geringes besser als die Reichsverfassung, für welche sie die Grundlage abgaben. Auch ein recht lehrreicher Beitrag zum Thema von der Prinzipienfestigkeit des Liberalismus!

Die obigen kurzen Ausführungen über die Verfassung des Reiches zeigen uns, daß die staatsrechtliche und politische Machtstellung Preußens im Bundesrat eine derart starke ist, daß ein Reichstag, wie der gegenwärtige, nichts dagegen auszurichten vermag. Und was die Reichsregierung, die ja ebenfalls von den preußischen Junkern besetzt ist, in Sachen der Wahlmacht zu leisten vermag, haben wir vor einem Jahre erlebt. Durch das freiere Wahlrecht für den Reichstag wird also der preußischen Reaktion nicht nur kein Gegengewicht geboten, wie vielfach angenommen wird, sondern es werden vielmehr umgekehrt durch die Rückständigkeit Preußens die Vorteile des Reichstagswahlrechts illusorisch gemacht. Wer darum in Deutschland die Reaktion bekämpfen will, der muß sie an ihrer Wurzel, dem Dreiklassenparlament, zu treffen suchen. Dies soll mit dem Kampf der Sozialdemokratie um das Reichstagswahlrecht für den preußischen Landtag geschehen. Und die Gewerkschaftsmitglieder haben begründeten Anlaß, sich den Kämpfenden anzuschließen, denn wer litte unter dem Druck der junkerlich-kapitalistischen Ausbeuterreaktion wohl mehr als sie? Der Wahlrechtskampf ist aber unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen in letzter Linie ein Kampf der Arbeiterschaft gegen ihre Ausbeuter. Er ist ein Teil des Kampfes zur Vernichtung jeglicher Klassenherrschaft!

Selbstverständlich wird mit der Erringung eines freien Wahlrechts für den preußischen Landtag noch nicht alles erreicht sein. Aber dieses Wahlrecht wird eine neue wichtige Waffe sein zur völligen Niederzwingung der Reaktion und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat!

Vermischtes.

Taxe für Unfall-Verletzungen. Das Gesetz kennt keine Taxe für Verletzung von Gliedmaßen und kann eine solche nicht kennen, da die Einwirkung der Verletzung auf die Erwerbsmäßigkeit nur von Fall zu Fall unter Beachtung aller Umstände beantwortet werden kann. So ist auch stets vom Reichsgericht und vom Reichsversicherungsamt entschieden. Ebenso erhält, daß nicht das Gutachten des Arztes, sondern das von Berufskollegen dafür entscheidend sein muß, in welchem Grade bestimmte Körperfunktionen zur Ausübung eines Berufes erforderlich und inwieweit Funktionsstörungen beim Beruf hinderlich sind und die Lage des Verletzten auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigen. Das Unternehmertum schert sich den Teufel hierum. Wie aus den Ausführungen auf ihrem Mannheimer Berufsgenossenschaftstag hervorgeht, wünschen sie, daß die Aerzte höher dotiert werden, um bei der Erstattung von Gutachten sich desto gefälliger dem Unternehmertum und desto nachteiliger der Arbeiterklasse zu erweisen. Wie tief die Anschauung der Scharfmacher die Selbständigkeit der Aerzte einschätzt und wie

sehr sie die Berufsgenossenschaftsärzte als ihre Kulis erachtet und behandelt, die hoch bezahlt werden, um die Renten der Arbeiter zu drücken, ergibt unter anderem folgendes Verzeichnis, das die *Knapp-schaftsberufsgenossenschaft* in Bochum den Aerzten hat zugehen lassen, nach dem künftig die Rente bemessen werden soll. Das Verzeichnis lautet:

	Erwerbsverminderung Proz.
<i>Arme und Beine:</i>	
a) Beine:	
Oberschenkel	75
Unterschenkel in solcher Höhe, daß Prothese die Kniebeuge verhindert.	66 2/3
Unterschenkel, Fuß	60
Fuß mit Erhaltung der Ferse zum Auftreten	33 1/3
b) Arme:	
rechts ganzer Arm, Unterarm, Hand	66 2/3
links " " " "	60
<i>Finger und Fingerglieder:</i>	
1. Daumen:	
rechts ganzer Daumen	25
rechts Nagelglied	—
links ganzer Daumen	20
links Nagelglied	—
2. Zeigefinger:	
rechts ganzer Zeigefinger	20
rechts 2 Glieder	10
rechts Nagelglied	—
links ganzer Zeigefinger	15
links 2 Glieder, Nagelglied	—
3. Mittelfinger:	
rechts ganzer Mittelfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	—
links ganzer Mittelfinger	10
links 2 Glieder, Nagelglied	—
4. Ringfinger:	
rechts ganzer Ringfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	—
links ganzer Ringfinger, 2 Glieder, Nagelglied	—
5. Kleinfinger:	
rechts ganzer Kleinfinger	10
rechts 2 Glieder, Nagelglied	—
links ganzer Kleinfinger, 2 Glieder, Nagelglied	—

Bekanntlich werden die Renten von 10 Prozent meist nur auf kurze Zeit bewilligt, als sogenannte „Angewöhnungsrenten“. Später wird dann erklärt: da der Verletzte sich durch die bisher erhaltene Rente an den jetzigen Zustand gewöhnt und in seinem Arbeitseinkommen keine Einbuße erlitten habe, so wird die Rente von 10 Prozent gekürzt, das heißt, es wird keine Rente mehr gezahlt. Denn die jetzige Verstümmelung sei ein „Schönheitsfehler“, für den

die Berufsgenossenschaft nicht zu haften brauche, nur für die verminderte Erwerbsunfähigkeit habe sie aufzukommen und das alles von rechts wegen.

Eingegangene Gelder.

An Beiträgen für das IV. Quartal 1907 wurden an die Hauptkasse in bar eingesandt:

Aachen Mk. 386,79, Altenburg 46,07, Altwasser 667,64, Aschaffenburg 333,30, Barmen 1050,—, Bautzen 2792,50, Bonn 220,79, Borsdorf 250,—, Brandenburg 571,62, Braunschweig 600,—, Bremen 456,18, Bunzlau 60,—, Burgstadt 50,—, Chemnitz 300,—, Coburg 236,15, Colmar 117,90, Cöln 912,59, Cöslin 88,85, Crefeld 150,62, Darmstadt 677,37, Dessau 127,34, Detmold 590,41, Dortmund 215,78, Dresden I 2962,86, Dresden II 2079,20, Dresden III 53,29, Dresden IV 200,25, Düren 383,95, Düsseldorf 759,35, Duisburg 185,15, Elberfeld 1100,—, Emmerich-Wesel 29,36, Erfurt 605,06, Essen 65,30, Eßlingen 203,96, Forbach 149,65, Frankfurt a. O. 150,—, Freiburg i. B. 106,80, Freiburg i. Schl. 172,59, Fürth 999,62, Geißlingen 246,49, Gera 100,—, Gleiwitz 258,—, Glogau 572,90, Göppingen 269,70, Görlitz 210,92, Gößnitz 57,60, Greiz 49,55, Halberstadt 358,43, Halle 216,70, Hamburg 1800,—, Hannover 1000,—, Heilbronn 216,60, Herford 358,80, Hirschberg 100,—, Hof-Göhlenu 204,85, Jena 228,11, Iserlohn 197,25, Kaiserslautern 41,84, Karlsruhe 5,35, Kattowitz 190,—, Kempen 131,39, Kirchhain 279,71, Königsberg 200,—, Konstanz 76,70, Lahr 505,01, Leipzig 10327,42, Leitersheim 606,15, Lübeck 134,30, Mannheim 563,31, Metz 33,23, Mügeln 1033,96, Mülhausen 96,70, München II 3094,25, M.-Gladbach 360,05, Neurode 200,—, Niederbieber 156,85, Niedersiedlitz 692,71, Nordhausen 71,92, Nürnberg I 1721,64, Nürnberg II 1379,17, Offenbach 550,—, Offenburg 158,70, Osanabrück 40,—, Posen 74,77, Reichenbach 125,88, Rheydt 1032,05, Remscheid 84,80, Saalfeld 943,52, Saarbrücken 55,40, Schleittau 180,—, Schwabach 251,15, Schweidnitz 0,60, Selb 54,09, Solingen 314,42, Stettin 324,46, Stuttgart I 72,—, Stuttgart II 1784,69, Tilsit 34,24, Trier 306,60, Viersen 100,—, Würzburg 550,—, Wurzen 488,51, Zeitz 93,27, Zittau 531,81, Zwickau 190,—, Lithogr.-Bund 1697,—.

Das I. Quartal 1908 ist bald zu Ende und noch haben 19 Mitgliedstaaten weder Geld noch Abrechnung vom IV. Quartal eingesandt.

Die betreffenden Mitgliedschaften werden nun hierdurch aufgefordert, ihren Verpflichtungen in Bälde nachzukommen.

Berlin, den 16. März 1908.

Wilhelm Brall.

Junger tüchtiger Reprodukt.-Photograph

für Lichtdruck sucht sich zu verändern, jetzt oder später. Offerten unter *W. F., Leipzig*, hauptpostlagernd erbeten. [1,20]

Tücht. Auto-Aetzer für Zink und Kupfer sucht nach Süddeutschland oder Ausland Stellung in guter Anstalt. Offerten erbeten an *A. Müller, Leipzig*, Inselstr. 15. IV.

Tüchtiger Strichätzer, 30 Jahre alt, verheir., im Besitz bester Empfehlungen, sucht sich zu verändern. Gefl. Offert. an *A. Axthelm, Niedersiedlitz*, Schulstraße 95.

Präparateur

für Lichtdruck, in Industrie und Postkarten gleich tüchtig, in allen Formaten eingearbeitet, sucht per sofort oder später Stellung. Werte Angebote an 1,05] *A. Rothe, Dresden*, Webergasse 35.

Tüchtiger Lichtdruck-Präparateur

sucht in größerer Anstalt dauernde Stellung. Suchender ist noch in ungekündigter Position. Offerten unter *H. W., Leipzig*, hauptpostlagernd. [1,20]

Zur Vergrößerung unserer Abteilung Positiv-Retusche suchen wir mehrere tüchtige

Positiv-Retuscheure

in dauernde Stellung. [2,10] *Dr. Trenkler & Co., Leipzig-Stötteritz*.

Zum baldigen oder späteren Antritt

Positiv-Retuscheur,

der selbständig und in jeder Hinsicht korrekt arbeitet, gesucht. Offerten erbittet [2,10] *Carl Schütte, Berlin W. 66*.

Tüchtg. Positiv-Retuscheur,

in Maschinen-Retusche gut ausgebildet, gesucht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche und Zeugnisabschriften an [1,80] *Gebr. Klingspor, Offenbach a. M.*

Durchaus tüchtigen [1,80]

Negativ-Retuscheur,

welcher auch im Montieren bewandert ist, suchen [1,80] *Sinsel & Co., O. m. b. H., Oetzsch b. Leipzig*.

Farbenätzer.

Wir suchen ein tüchtigen und selbständigen Farbenätzer für Zink und Kupfer. Nur erstklassige Kräfte belieben ihre Bewerbung in Begleitung von Mustern einzusenden. Ferner suchen wir einen

erstkl. Strich-Aetzer. Offerten einzureichen an *Manissadjan & Co., Basel*.

Adresse aus Deutschland und Oesterreich: [3,90] *St. Ludwig (Elsaß)*.

Ia. Nachschneider [1,50]

für Autos, gewandt im Verlauf, Polieren etc., gesucht von *Julius Klinkhardt, Leipzig*.

Autotypie-Andrucker

an die Handpresse suchen [1,20] *Adolf Klauß & Co., Leipzig*, Kreuzstr. 5.

Formstecher

für Messingarbeit. [1,80] *Carl Friedrich & Co., Radebeul*.

Merkantil-Lithograph,

bewandert in Gravur und Feder gesucht. Offerten mit Mustern, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an [2,10] *Helsingfors Stentryckeri Helsingfors (Finnland)*.

Arbeitsmethode

für **Photochrom** und Rezept für 10,— Mk. Offerten *R. Barth, München*, Liebigstraße 39.

Lichtempfindlicher Asphalt nach *Orell Füssl*. 1/1 Liter Flasche 6 Mark. Porto und Verpackung 50 Pf. extra. Nachnahme 70 Pf. Zu beziehen *W. Hartmann, Dresden-A.*, Marschallstraße 49.

Graph. Pressen.

Die Jahrgänge der Graphischen Presse von den Jahren 1893—1900 sind in gebundenen Exemplaren zu verkaufen bei [1,20] *Th. Sturm, Karlsruhe*, Gartenstrasse 8.

Achtung!

Wohne von heute ab nicht mehr Schuhstr. 7a, sondern *Beckerstraße 26 2 Treppen (Eingang Seitenstraße) F. Pzoretzki, Halberstadt*, 0,90] Kassierer d. Verb. d. Lith., Str. u. verw. Berufe.

Die Kollegen G. Göttlich,

Buch-No. 18751 [1,35]

und W. Kuhlmann

werden gebeten, ihre Adressen zwecks wichtiger Auskunft an die Zahlstelle *Aschersleben* zu senden. I. A.: *K. Seidel*, Halberstädterstr. 10.

Um Angabe der Adresse des **Strich-u. Autoätzers** **Edmund Klein**, [0,90]

geboren den 18. Januar 1887 in Naky, Szt. Miklos (Ungarn), bittet die Verwaltung der Filiale II, *Stuttgart*. I. A.: *Chr. Gaupp*, Böheimstr. 49.

Die unterzeichnete Verwaltung ersucht um die Zusendung der Adressen nachstehender Kollegen:

Karl Vollmeyer, Steindr., Buch-No. 19890,

Richard Lange, Steindr., Buch-No. 17124,

Wilh. Brockmann, Lith., Buch-No. 8713, *Emil Rothweiler*, Werderstr. 62, III. [1,50] *Zahlstelle Karlsruhe i. B.*